
Von der Mitte her denken

Das bürgerliche Lager und das Potential der Volksparteien

Tilman Mayer

Ein gutes Wort für die Volksparteien einlegen? Der Tenor der Fachkollegen ist dagegen. Die Umfragewerte dokumentieren die Bindungsschwäche der beiden Volksparteien. Sie haben ihre Anziehungskraft verloren. Volksparteien sind keine Großparteien mehr. Und die kleinen Parteien werden groß und größer. Was also tun? Diesem Trend hinterher argumentieren? Deskriptiv? Oder gar, natürlich rückwirkend, „erklären“, warum es zwingend so hat kommen müssen? Den Untergang oder Abgang der Volksparteien zu beschreiben bringt Nachrichtenwert ein. Dafür gibt es Aufmerksamkeit. Umgekehrt den Volksparteien etwas zubilligen?

Es zählt einzig, was richtig ist. Hier wird die klare These vertreten: Dass die Volksparteien immer mehr in ein Tal der Tränen, der Verluste, des Abstiegs einsteigen müssen, ist absurd. Es gibt viele gute Gründe, die erwarten lassen, dass hier nur eine Baisse vorliegt, kein *buy-out* des ganzen Parteityps. Volksparteien sind zukunftsfähig. Allerdings ist ihr *come-back* kein Selbstläufer. Eine genügend selbstkritische Analyse und eine gewisse Neuerfindung sind vorauszusetzen.

So weit wie man in Frankreich gegangen ist, dass man bürgerliche Parteien auflöst und neue gründet, wird man in Deutschland nicht gehen wollen. Aber Chiracs Leistung demonstriert, dass bestehende Organisationen ihre Aufgaben haben, und wenn sie sie nicht erfüllen, haben sie ihren Daseinszweck verfehlt. Derartig kritische Bilanz zu

ziehen, zeigt den Ernst der Lage wie auch den Ernst der Aufgabe, denkt man an die Volksparteien.

Die deutschen Kommentatoren und Analytiker neigen zum Fatalismus. Natürlich ist es richtig, dass diejenigen Milieus, aus denen die Großparteien Unterstützung erhielten, Gewerkschaften und Kirchen, abgeschmolzen sind. Der Zusammenhang von geschrumpften Milieus und kleiner werdenden Volksparteien ist zwar herstellbar, aber seine Erklärungskraft ist denn doch gering. Die Bindungsschwäche der Parteien könnte eben andere Gründe haben.

Jedenfalls schwinden derartige Milieus überall in Europa, ohne dass deshalb die englische Labour-Party verschwunden wäre oder die Konservativen darunter litten. Und in Deutschland selbst gibt es auch unterschiedliche Szenarien, die es nicht geben dürfte, wenn die Milieuthese richtig wäre. Wie kommt es, dass die NRW-CDU mit ca. 45 % ganz anders dasteht als die Hessen-CDU oder die Bundes-CDU? Auch die CSU steht noch immer anders da als die CDU Brandenburgs.

Kirchenbindung in Ostdeutschland: sie ist ohnehin ganz gering. Wovon lebt dann diese Partei dort? Wie kommt es, dass trotz eines fehlenden kirchlichen Milieus gerade die CDU Ostdeutschlands 1990 und 1994 als Arbeiterpartei bezeichnet werden konnte, dass also mehr als jeder zweite Arbeiter die CDU wählte?¹ Der Wähler sei flexibler *drüben*, liest man. Gut. Aber an den Milieus liegt es nicht oder nicht allein. Parteien sind nicht der Abklatsch von Milieus.

Auf der Links-rechts-Skala tragen sich die Befragten in Europa wie weltweit ein, d. h. die bipolare Ordnung des Parteiensystems bleibt erkennbar, und die Messmethode macht Sinn. Genauso gerne wird aber die „*Gesäß-Geographie des 19. Jahrhunderts*“ intellektuell bestritten. Was dagegen zählt, ist, ob es tatsächlich Werte gibt, die als (eher) rechte oder (eher) linke Werte angesehen werden. Und das scheint der Fall zu sein. Dies bedeutet, es könnte einfach

sein, dass ein bipolares Parteiensystem an sich zwei starke Pole ausprägt, größere politische Rollen auf der rechten und linken (oder Mitte rechts oder Mitte links) vorhält, die von Volksparteien womöglich am besten ausgefüllt werden dürften. Verschwinden dagegen die Volksparteien, schrumpfen sie rapide zusammen, sollte man die Alternativen bedenken.

Eine Israelisierung des Parteienspektrums demonstriert, dass der politische Wettbewerb durchaus härter werden könnte, weil erfolgreiche Abspaltungen auch problematische Produkte zutage fördern könnten. Auch entsteht womöglich ein Ensemble von Kleinparteien, die sich nicht recht zu Mehrheiten gruppieren lassen. Oder man muss sich denn doch wieder, wenn auch in weniger radikaler Form, auf Weimarer Verhältnisse einlassen, dass also Populismen von rechts und links das Leben der politischen Mitte erschweren. Das Kokettieren mit dem Abgang der Volksparteien hat also einen Preis.

Nochmals zu den romanischen Ländern: Niemand käme in Deutschland auf die Idee, Berlusconi oder Sarkozy als Vorbilder für Deutschland zu empfehlen. Aber es handelt sich um politische Führer konservativen Zuschnitts, wenn auch mit populistischem Auftritt. Ihre Parteien können mit der deutschen CDU nicht verglichen werden, aber sie sind konservative Parteien. Mit ihnen wurden Mehrheiten erobert. Dass Großparteien zu Kleinparteien schrumpfen, ist also keine verallgemeinerbare Angelegenheit, gleichwohl viele Parteien unter den Individualisierungsprozessen ihrer Gesellschaft „leiden“ mögen. Daraus zu folgern, es wären keine Parteiformationen denkbar, die aus sich heraus mehrheitsfähig sind, wäre jedoch verkehrt.

Offensichtlich bedeuten die romanischen Lösungen, dass es enorm stark auf die *Number One* ankommt, Führungsstärke womöglich fast gar nichts mit der Partei, aber sehr viel mit deren führendem Kopf zu tun hat. Insofern

haben wir es hier vielleicht mit dem Max Weber'schen Typ von Führerdemokratie zu tun, in der fast schon demagogisch agiert wird; zwar im Rahmen der Demokratie, aber mit viel charismatischer Beigabe.

In Deutschland stieße eine plebiszitäre Führerdemokratie dieses romanischen Typs, auch wenn sie demokratisch eingeeht wäre, auf helle Ablehnung. Das Denkmodell mag demonstrieren, dass an die Stelle der Volksparteien auch Formationen treten könnten – und selbstverständlich auch ihren Ausgangspunkt bei so genannten „kleinen“ Parteien wie der Linken findend, deren Fortschritt doch zweifelhaft sein dürfte. Kaum vorstellbar ist – und das wird bei den Grabesängen auf die Volksparteien ebenfalls wenig reflektiert –, dass die Rolle der Volksparteien, den gestalterischen Parteien im Parteiensystem, lange Zeit unbesetzt bleiben wird. Was nach den Volksparteien kommt, dürfte schon heute erkennbar sein: Populismen, Kleinparteien ohne Führungsformat.

Aus der Bindungsschwäche der Volksparteien, d. h. wenn sie sich in einem Prozess des Verfalls befinden, sich nicht mehr selbst erneuern können, sind Zerfallsprozesse zu erwarten. Entwicklungsstarke bzw. machtorientierte Teile der Partei werden durch Neugründung für sich neue Erfolgchancen suchen. Die einst mächtige italienische *Democrazia Christiana* trat in einen derartigen, übrigens wenig erfolgreichen Filiationsprozess ein.

Von einem bestimmten Zeitpunkt an verliert der einstmalige große Tanker Teile seiner Mannschaft. Auch dieser Prozess ist in Deutschland noch nicht erkennbar, und Wahlkampfzeiten sind eher solche, die die Parteiidentität wieder stärken. Aber diese Entwicklung kann einsetzen, wenn die Großparteien an Fahrt verlieren, Führungsprobleme aufweisen und im Konkurrenzkampf an Kontur verlieren mit der Folge, dass die Partei ihr Profil einbüßt und im Elektorat abgestraft wird.

Bevor wir uns weiter mit den realistischen Chancen von Volksparteien befassen, muss auf das gesellschaftliche Umfeld eingegangen werden, in dem sich nicht-linke Parteien entfalten können. Seit dem Aufkommen des kommunistischen Manifests von 1848 stand die bürgerliche Welt unter dem Verdikt, eine geschichtlich zum Verschwinden verurteilte Klasse zu sein. Alles Bürgerliche bekam eine stark pejorative Bedeutung, verkörpert in der Gestalt des sich bereichernden, kalten Bourgeois. Das Bürgertum geriet in die Defensive, argumentierte auch so. Auch bei der weniger exponiert marxistischen Linken wurde die Abwertung, die auch eine moralische war, transportiert. Insofern die kapitalistische Ordnung eine bürgerliche war, erzwang der Anti-Kapitalismus als Geschäftsgrundlage aller linken Parteien auch die Abwertung bürgerlicher Werte.

Im 19. Jahrhundert und früher stand das Bürgertum unter der Kritik dynastischer adliger Kreise, die zu Recht Konkurrenz witterten. Den absolutistischen und feudalen Regimen hatte das Bürgertum die Macht genommen, als es über städtische Freiheiten Privilegien ertrötete, die innere Staatsbildung vorantrieb, Arbeit und Leistung an Stelle von Stand und Ehre durchsetzte, durch Bildung sich emanzipierte und allmählich die bürgerliche Gesellschaft schuf. Auf diese Weise entstanden, was den Liberalismus auch konstituierte: Markt, Öffentlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Verfassung, parlamentarische Ordnung.² Die bürgerliche Gesellschaft wurde tonangebend, sie schuf die auch von Marx beschriebenen vollständig veränderten Verhältnisse.

Im 20. Jahrhundert geriet die bürgerliche Ordnung noch stärker in die Kritik von Seiten der sozialistischen Arbeiterbewegung. 1917 institutionalisierte sich der antibürgerliche Affekt in einer weltgeschichtlich sieben Jahrzehnte wirkenden Staatsmacht. Aber auch die faschistische Bewegung ab 1922 und die nationalsozialistische Bewegung seit

1933 schufen sich Bastionen, die bürgerliche und liberale Ordnung zu beseitigen. Und in westlichen Gesellschaften gefiel sich eine anti-bürgerliche Bewegung seit 1967/68 in der Abwertung von so etwas wie der bürgerlichen Liebe, der bürgerlichen Wissenschaft, der bürgerlichen Kunst usw.³ Eine ganze Intellektuellengruppe, die sog. „Frankfurter Schule“ bzw. die sog. „kritische Theorie“, begründete ihre ganze Existenz auf der Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Geschichte dieser Fehlannahmen ist noch nicht geschrieben.⁴ Festzuhalten bleibt, dass sich die Geschichte dieser Abwertung auch in Parteiformationen niederschlug. Insofern standen bürgerliche Parteien gegen sozialdemokratische/sozialistische und/oder extremistische Parteien.

Bürgerlichkeit ist seit 1989 mit der erfolgreichen Revolution gegen kommunistische Machtusurpationen seit 1917 und nach 1945 in Europa wieder zur Chiffre für einen Neuanfang der bürgerlichen Ordnung geworden. Mit ihr wird erstens reklamiert, dass das Bürgertum sich in geschichtlicher Hinsicht behauptet hat, die von ihm ausgehende gesellschaftsverändernde Dynamik, die im Weltmaßstab entscheidende, sich durchsetzte und Bürgerlichkeit deshalb einen Maßstab für die Entwicklung aller Gesellschaften darstellt. Insofern käme es eigentlich soziologisch darauf an, die Entwicklungschancen einer neuen Bürgerlichkeit zu untersuchen – selbst wenn es Bedenken geben mag, ohne weiteres von Bürgertum zu sprechen.⁵ Zunächst kommt es darauf an, antibürgerliche Vorurteile beiseite zu legen, die den Blick verstellen vor lauter Kritik an der Bourgeoisie, dem Spießertum, dem Kleinbürgertum usw.

Da es hier nicht um die Ehrenrettung einer sozialen Schicht und sowieso nicht um eine soziologische Betrachtung geht, kann zweitens auch formuliert werden, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten erkannt wurde, welche tragende Rolle mittleren Schichten zukommt, also der

breiten, großen sozialen Mitte der Gesellschaft. Auf die Mitte kommt es an, und von der Mitte der Gesellschaft aus muss man denken. Diese Art Mitte streut sehr breit, auch parteipolitisch. Es ist klar, dass ein Bürgertum, so definiert, nicht nur CDU, CSU und FDP, sondern auch große Teile der Sozialdemokratie und der Grünen mit erfasst.

Es geht nicht um eine soziologische Analyse des Bürgertums – wie immer man es sozialwissenschaftlich erfassen kann –, sondern drittens um die Tatsache, dass politikwissenschaftlich „Bürgertum“ ein politisches Konnotat erfährt, so dass der soziologische und der politikwissenschaftliche Begriff nicht mehr identisch sind. In der politikwissenschaftlichen Forschung, auch in Lexika,⁶ gibt es, wovon hier nur die Rede ist: bürgerliche Parteien und deshalb auch ein bürgerliches Lager. Damit wird bestätigt, dass die Rechts-Links-Skala als politisches Einteilungsschema funktioniert.

Es käme darauf an, vielmehr als bisher, dass das bürgerliche Lager sein soziales und kulturelles Erbe klar reklamiert und beansprucht: leistungsdynamisch für ein Vorankommen der Gesellschaft entscheidend disponiert zu sein. Selbstverständlich tangiert das Aufkommen eines Prekariats diese Gruppierung genauso wie das nicht-bürgerliche Lager. Abstiegsängste der Mittelschicht desgleichen. Wenn zwischen 2000 und 2006 der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen von 62 auf 54 Prozent sinkt, ist das bürgerliche Lager aufgerufen zu überlegen, ob hier eine grundlegende Erosion in Gange ist.⁷ Es spricht viel dafür, dass wir uns in einem Transformationsprozess befinden, dessen Bewältigung politisch kontrovers ausgetragen wird.

Bedenklich muss stimmen, was innerhalb der Sozialdemokratie eine Kontroverse ausgelöst hat, dass in unteren Schichten von einer gewissen Apathie gesprochen werden muss. Der die ältere Arbeiterbewegung charakterisierende Aufstiegswille ist nicht mehr feststellbar.⁸ Kleinbürger-

tum, Prekariat, neue Armut, Unterschicht: eine Clusterbildung wird eine erhebliche Belastung der Entwicklungsfähigkeit der deutschen Gesellschaft darstellen. Zumal sie ohnehin noch für eine Anpassung der zugewanderten Gruppen an die Mehrheitsgesellschaft sorgen muss.

An die neue bürgerliche Gesellschaft zu denken hieße also die breite Mitte der Gesellschaft vor Augen zu haben, leistungstragende Schichten neu zu motivieren, ja zu belohnen und zu integrieren.

Damit stoßen wir an die Grenzen des vorgestellten Begriffs der Neuen Bürgerlichkeit. Es muss sie geben. Sie muss entfaltet werden. An alte Dynamiken ist zu erinnern, ohne eine Renaissance des seit 1989 wieder entfaltungsfähigen Neuen Bürgertums geht es nicht. Doch zugleich ist wahrzunehmen, dass die Mitte noch größer ist, als es der Begriff Bürgertum hergibt. Vor allem, wenn in Kategorien von Großparteien gedacht wird, muss man mehr ansprechen können.

Die Mitte der Gesellschaft umfasst mehr als das Bürgertum. Nur eine Volkspartei ist in der Lage, das breite Spektrum der Mitte abzudecken, integrieren zu wollen. Die tragende Bedeutung der Mittelschichten gilt es abzusichern. Doch die Unterschicht zu vernachlässigen, die kleinen Angestellten und die Arbeiter, hieße, sich als Volkspartei aufzugeben. Nur eine Volkspartei kann auf die Idee kommen, Wohlstand für alle zu versprechen. Keine Honoratioren-, Weltanschauungs- oder grüne oder gelbe Kleinpartei. Allein schon der Denkansatz dieses Politikkonzepts schafft die Differenz zwischen groß und klein. Deshalb ist es so dringlich, nun erneut über den Parteityp Volkspartei nachzudenken. Gehen wir auf zentrale Essentials einer bürgerlichen Volkspartei ein.

1. Organisatorisch: Ohne Flügel geht es nicht. Der Anspruch einer Volkspartei ist es ja gerade, einen großen Spannungsbogen von Interessen integrieren zu können.

Aus den Flügeln erwächst Kraft und Größe. Doch das Flügelschlagen muss letztlich ein harmonisches Bild abgeben, sonst erhebt sich der politische Vogel nicht. Die Kehrseite der Flügel wäre der altgermanische Streit. Innerpolitischer Streit schwächt die Partei. Die Kunst der Parteiführung besteht im Ausgleich. Relevante, ideenstarke Flügel locken Mitglieder an, Auseinandersetzungen werden spannend. Und an der Spitze wird neues Personal rekrutiert. Geht der Streit zu weit, werden Debatten zu heftig ausgetragen, wird die Führung beschädigt. Hat das Flügelpersonal keine Kompetenz, wird man es einfach ignorieren. Sozialausschüsse, die kein Spitzenpersonal, keine Ideen und Fachkompetenz mehr ausstrahlen, schaffen sich selbst ab und schaden sogar dem Charakter der Volkspartei.

Eine Parteiführung dagegen, die sich durch Flügelpersönlichkeiten lediglich verängstigt fühlt, nur Rivalen sieht, schnürt das essentielle Volksparteivolumen sträflich ein. Heutzutage scheinen auch Ministerpräsidenten Vertreter von Flügeln zu sein oder sein zu wollen, d. h. die Funktion in der Partei ist auf ein staatliches Amt ausgedehnt worden. Die Kunst der Führung wird damit noch anspruchsvoller.

Erspart sich dagegen eine Volkspartei die Mühe, bereits innerparteilich breite Interessen organisieren und repräsentieren zu wollen, wird sie profilloser, verwechselbarer und auch weniger unterscheidbar im Vergleich zu kleineren Parteien. Am Ende steht nur noch der Wahlverein. Dass die Medien ihrerseits Keile zwischen die Flügel schlagen möchten, gehört zu den bekannten Erschwernissen des Steuerns und Regierens. Frondeure ziehen Aufmerksamkeit auf sich, auf Zeit.

2. Soziologisch: Ohne den klassischen Sammelruf „*catch all*“ geht es nicht. Das Sammlungsziel bleibt bestehen. Andere Parteytypen mögen sich auf kleinere Interessenspektren, auf eine Klientel, eine ökologische z. B., oder eine Weltanschauung – der organisierte Liberalismus – kaprizie-

ren können. Für eine Volkspartei wäre das verhängnisvoll, wie zuletzt der Leipziger Parteitag der CDU gezeigt hat.

3. Der Unionscharakter der Volkspartei CDU, CSU stellt ein großes Kapital dar, weil damit dauerhaft – und messbar! – ein Anspruch seit der Geburtsstunde des Parteityps verknüpft ist. Die christlich-demokratische Volkspartei lebt aus der föderalen Vielfalt, sie muss diese Vielfalt auch abbilden, was ihr seit der Wiedervereinigung nur sehr eingeschränkt gelingt. Der Ost-West-Unterschied ist innerparteilich nicht balanciert. Das Kapital, was eine „Allianz für Deutschland“ 1990 bedeutete, ist in den Niederungen einer zustimmungsschwachen Ost-CDU fast versandet – und dabei war, wie erwähnt, der Osten der Union gar mal die mehrheitsschaffende Arbeiterpartei bürgerlichen Typs. Das heißt, wir müssen von einem vernachlässigten Volksparteienindikator ausgehen.

Ein zweiter Indikator, profilierbar, ist der des Zusammengehens der Konfessionen. Auch hier ist die Attraktivität zu mobilisieren, eine nicht einfach erfüllbare Parteiaufgabe, anderenfalls leidet das Profil der CDU.

Schließlich der Zusammenhang von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf den beim Thema Flügel schon eingegangen wurde.

Im Ergebnis zeigt sich, dass eine Volkspartei ein sehr aufwändig zu gestaltender Parteityp ist. Insofern ruht auf der Parteiorganisation ein hoher Erwartungsdruck. Ein großes politisches Unternehmen gilt es zu führen, – eine zu wenig wahrgenommene Herausforderung und Leistung, die sicherlich unterschiedlich erfüllt wird und eigentlich, um es ökonomisch zu sagen, einen politischen CEO benötigte.

Die Integrationsleistung ist jedenfalls immens, und sie endet nicht beim Wahrnehmen unterschiedlicher Ideenkreise – konservative, liberale, nationale, christlich-demokratische –, die zu beachten sind. Die Respekt einflößende Leistung der

Steuerung einer Volkspartei steht nicht in Relation zur Beachtung dieser Umstände und Erschwernisse in den Medien. Ob man einen 40-Tonnen-Tanker oder einen schnittigen Mini(Cooper) bewegt macht qualitativ und verantwortungsbezogen einiges aus.

Dass man den großen Tanker SPD nicht aus dem idyllischen Rheinland-Pfalz fernsteuern kann, dafür hat Kurt Beck Lehrgeld zahlen müssen. Der Zustand der Sozialdemokratie als Volkspartei ist politisch-kulturell für Deutschland gesehen bedenklich. Der Luxus des Verschleißes vieler, vieler Vorsitzender ist symptomatisch dafür, dass die für die deutsche Sozialdemokratie wichtige Rekrutierungsfunktion nicht zu gelingen scheint. Das Auftreten von Dogmatismen wie beim Ausschluss der vier hessischen Abgeordneten oder im Umgang mit Wolfgang Clement, einem ehemaligen SPD-Ministerpräsidenten und Bundesminister, offenbart nicht die nötige Liberalität, die die sozialdemokratische Volkspartei früher kennzeichnete. Schließlich das vagabundierende Profil der Partei: Mit welchem ist zu rechnen? Mit oder gegen die Linke? Für oder gegen eine Reformagenda?⁹

Natürlich leben die Parteien auch von Image-Zuschreibungen, aber sie müssen auch daran arbeiten, eben dieses Image in der öffentlichen Meinung zu ändern. Im Juni 2008 veröffentlichte das Institut für Demoskopie Allensbach in der FAZ¹⁰ einen Vergleich, der nur für die Grünen schmeichelhaft ausfiel. Sie seien eine Partei der Jüngeren, mit neuen Ideen und moderneren, aufgeschlosseneren Leuten und mit Familien mit Kindern ausgestattet. Die FDP verblieb im Klischee der Besserverdienenden. Die Sozialdemokratie wurde mit Leuten aus einfachen Verhältnissen verbunden, um die sich der Staat kümmern solle. Familien wurden auch positiv erwähnt. Bei der Union wurden Personen erwartet, die konservativ, besser verdienend und religiös und alt seien, aber auch diejenigen, die in der Mitte stehen.

Es zeigt sich anhand dieser Zuschreibungen, dass das öffentliche Ansehen zu steuern unwahrscheinlich wichtig ist. Wer nur in Wahlzeiten kampagnenfähig ist oder erst dann *campaigning* betreibt, disqualifiziert sich selbst.

Wie man es dreht und wendet, man kommt immer wieder auf die Führungspersönlichkeiten zurück, die ja auch in der empirischen Kommunikationsforschung besondere Beachtung finden. Auf die *Number one* kommt es entscheidend an.

Wir haben die Sarkozys und Berlusconis dieser Welt distanziert¹¹ – nichts für Deutschland, überhaupt jeglicher Populismus in der Mitte. Aber vielleicht muss man sich von ihnen doch eine Scheibe abschneiden? Der Unterhaltungswert der Politik – Obama hin oder her – muss jedenfalls klar gegeben sein, genauso wie natürlich die Substanz. Charismatische, demokratisch eingebundene Führungspersönlichkeiten im Sinne Max Webers, wie er sie nicht nur im Beruf zur Politik beschrieben hat, dürfen nicht wegarargumentiert werden. Vielleicht kommt es sogar auf einen Populismus der Mitte an.

Die Führungspersönlichkeit an der Spitze der Volkspartei ist die Volkspartei in einer Person. Gibt es aber nur noch diese Person bzw. Persönlichkeit und keine Partei mehr, lässt sich das nicht lange durchhalten, d. h. zum Regieren hinzu tritt die Aufgabe der Steuerung der eigenen Volkspartei. Die Trennung der Ämter von Regierungschef und Parteivorsitzendem hat sich wenig bewährt. Es bleibt eine Aufgabe an der Spitze zu bewältigen, die zu lösen kaum möglich ist. Vertrauen und Führung müssen hier zusammen kommen. Das Führungspersonal der Volksparteien muss die Fähigkeit haben, das bürgerliche Lager sowohl steuern als auch mobilisieren zu können, für Erneuerung ebenso zu sorgen wie sich für die Anerkennung des Leistungsprinzips einzusetzen.

Wenn ein Parteienkritiker wie Heribert Prantl unter der

Überschrift „Unsere Volksparteien zerfallen“¹² – diese Aussage erwartet man von ihm – trotzdem empfiehlt, auf Visionen zu setzen, will das etwas heißen. Wer „das programmatische Denken und die Konzepte zur Gestaltung der Zukunft entsorgt“ habe, dürfe sich über mangelnde Zustimmung in der Bevölkerung nicht beschweren. Es fehle „das Credo“, das für Identität sorgte und Sympathisanten und Wählern Orientierung gab. „Es war ihnen nur noch Ballast, sie haben es weggeworfen, statt es zu erneuern. Den Volksparteien ist aber damit innere Sicherheit verloren gegangen, die Sicherheit von Sinn und Ziel“.¹³

Die Wahlen kommen und gehen, die Volksparteien bleiben bestehen. Das kann man nicht sagen! Richtig ist aber, sich bewusst zu machen, welches Kapital in beiden deutschen Volksparteien steckt. Es ist keine Kunst von Analytikern, Bedenken zu tragen, wenn die Prozentzahlen zurückgehen. Es geht hier gar nicht darum, auf Hausse zu spekulieren. Sehr wohl aber darum, darauf hinzuweisen, dass es Zustimmungspotentiale für Volksparteien gibt, wenn programmatisch, personell und institutionell aus der Mitte der Gesellschaft heraus rekonstruiert wird, was möglich ist.

Anmerkungen

¹ Will man über Milieus erklären, wie sich das Stimmengewicht der Sachsen-CDU verändert hat?

² *Kocka, Jürgen*: Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* vom 09.10.2008, S. 3–9. *Müller, Hans-Peter*: Neue Bürgerlichkeit? Eine gute Idee, wenn man es sich leisten kann, in: *Merkur* (Nr. 716) vom Januar 2009.

³ Ebd. Vgl. auch *Riedel, Manfred*: Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 672–725.

⁴ Natürlich ist es zwischenzeitlich längst zu einer Veralltäglichen dieser Theorieansätze gekommen. Eine sozialwissenschaftliche oder demokratietheoretische Entwicklung hat schon nach 1968 eingesetzt. Gleichwohl – ein eigenes Thema – handelt man, ja lebt

von dem Soupçon, dass die gesamte kapitalistische Ordnung eine falsche Richtung produziert, die sozialstaatlich einzuzäumen kaum die angemessene Strategie sein dürfte. Deutungshoheit über Erklärungsansätze oder gar Theorien von sozialer Gerechtigkeit zu bekommen ist zur zentralen Beschäftigung geworden. Vgl. zur „Machtergreifung“ der 68er den Beitrag von *Mohr, Reinhard*: Erschrocken über den Erfolg. Rot-Grün, die linke Opposition, ist an der Macht. Wie verhält sich nun die intellektuelle Boheme? Was tun die Großmeister des kritischen Diskurses? In: *Der Spiegel* 42/1998, S. 72 ff.

⁵ *Bude, Heinz / Kaiser, Paul / Kauffmann, Bernd (Hrsg.):* Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir? München 2008.

⁶ *Schmidt, Manfred G.:* Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 128.

⁷ *Günter, Joachim:* Die Mittelschicht als Sorgenkind. Nach den Diskussionen über neue Unterschichten sorgt sich Deutschland nun über das Zentrum der Gesellschaft, in: *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 143, vom 21. Juni 2008, S. 25. *Ackermann, Rolf:* Ungleichheit wächst, in: *Wirtschaftswoche* vom 10. März 2008: „Die Mittelschicht erfindet sich immer wieder neu“, Interview mit *Paul Nolte*, in: *Die Welt* vom 07. August 2008.

⁸ *Neugebauer, Gero:* Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

⁹ *Seitz, Norbert:* Gegen die Wand. Richtungsstreit, in: *Rheinischer Merkur* vom 14. August 2008, S. 4.

¹⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Juni 2008.

¹¹ Dagegen *Held, Gerd:* Nicolas Sarkozys Mut zum Bruch, in: *Die Welt* vom 24. August 2008.

¹² *Prantl, Heribert:* Unsere Volksparteien zerfallen, in: *Cicero*, 2/2009, S. 9.

¹³ Soweit *Prantl, Heribert*. Vgl. auch *Wagner, Christian:* Auf den Markenkern der Union besinnen. Konservativ, sozial und freiheitlich. Die Grundwerte der CDU müssen wieder betont werden – So kann die Bundestagswahl unter der Führung von Angela Merkel gewonnen werden, in: *Die Welt* vom 13. März 2009.